

# Wirtschaft, Politik & Sport

Aktuelles aus der Region & der Welt

## Zahl des Tages

92 000 000

Die Organisation der Bundestagswahl Ende September hat 92 Millionen Euro gekostet. Dies sei eine „gewisse Steigerung“ im Vergleich zur Bundestagswahl 2013, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums gestern in Berlin. Als Gründe nannte er höhere Kosten für das Versenden von Briefwahlunterlagen durch Portoerhöhungen sowie ein höheres Erfrischungsgeld für die Wahlhelfer. Von den 92 Millionen Euro seien 84 Millionen Euro an die Länder gegangen.

## Nachrichten

### Mehr Flüge in Deutschland

**FRANKFURT/MAIN** Lufthansa-Chef Carsten Spohr hat 1000 weitere innerdeutsche Flüge angekündigt. Damit soll der Kapazitätssengpass behoben werden, der durch den Wegfall der Flüge der insolventen Air Berlin entstanden war und zu hohen Ticketpreisen auf gefragten Strecken wie Berlin-München oder Berlin-Köln geführt hatte. „Sobald wir grünes Licht aus Brüssel haben, wollen wir pro Monat allein bei Eurowings 1000 innerdeutsche Flüge dazunehmen“, sagte Spohr. „Ich kann versprechen, dass mit neuen innerdeutschen Flügen wieder stabile Preise kommen. Wir als Lufthansa wollen ja nicht die deutschen Verbraucher gegen uns aufbringen.“

### Junge: Pläne für Schiffe stoppen

**ROSTOCK/BERLIN** Der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge aus MV hat das Bundesverkehrsministerium aufgefordert, die umstrittene Schiffsicherheitsverordnung für Traditionsschiffe nicht zu unterschreiben. Diese dürfe so lange nicht in Kraft gesetzt werden, bis sie mit den Verbänden überarbeitet wurde, sagte Junge gestern. Zuvor gab es Informationen aus dem Umfeld von Traditionsschiff-Betreibern, nach denen die Verordnung in dieser Woche unterzeichnet werden soll. Wegen umfangreicher Bauvorschriften und der kostspieligen Ausbildung von Crewmitgliedern bedürftigen Betreiber, sich die Traditionsschiffe nicht mehr leisten zu können.

## Kraftprotz aus Löwenzahn

Continental baut Forschungsanlage für Naturkautschuk in Anklam / Labor soll 2018 in Betrieb gehen

**ANKLAM** Der Reifenhersteller Continental erforscht in Anklam den russischen Löwenzahn zur Gewinnung von Naturkautschuk für die Reifenherstellung. Gestern startete das Unternehmen den Bau der Forschungsanlage „Taraxagum Lab Anklam“. In der mit Extraktionsanlagen und Analyselaboren ausgestatteten Forschungsstätte soll ab Herbst 2018 das bislang im kleinen Labormaßstab erprobte Verfahren weiterentwickelt werden, sagte Continental-Manager Andres Topp beim ersten Spatenstich. Der Reifenhersteller investiert rund 35 Millionen Euro in den Standort mit künftig 20 Arbeitsplätzen, davon kommen 11,6 Millionen Euro vom Land. Die Anbaufläche von aktuell etwa 15 Hektar rund um die Peenestadt soll in den kommenden Jahren auf bis zu 800 Hektar ausgeweitet und der Ertrag der Pflanze durch Züchtungen verbessert werden. „Wir gehen hier den Schritt aufs Feld“, sagte Topp. Ziel sei eine Serienproduktion von Naturkautschuk aus heimischen Rohstoffen. Für einen Einsatz des Löwenzahn-Kautschuks bei der Reifenherstellung müsse der Ertrag auf eine Tonne je Hektar gesteigert werden.

Gewonnen wird der für den Naturkautschuk notwendige Latexsaft aus der Wurzel des Löwenzahns (lat. taraxacum). Über Züchtungen soll die Wurzelstärke der Pflanzen von Fingerdicke auf Möhregröße gesteigert werden, um die für einen industriellen Maßstab erforderlichen Erträge zu erreichen. Seit zehn Jahren kooperiert der Reifenhersteller dazu mit dem Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie. Obwohl es Fortschritte in der Entwicklung gebe, handle es sich immer noch um ein „Hochrisikoprojekt“, betonte



Continental-Mitarbeiter Frank Behm begutachtet auf einer Versuchsfläche bei Anklam die Wurzel einer russischen Löwenzahn-Pflanze. FOTO: STEFAN SAUER

Topp. Sollte das Ziel erreicht werden, will Continental zehn Prozent seines für die Reifenherstellung benötigten Kautschuks aus heimischem Löwenzahn gewinnen.

Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) sagte, dass das Land die Ansiedlung gern unterstütze. „Wer nicht forscht, kann keine neuen Produkte an den Markt bringen.“ Mit der Wahl Anklams habe der Reifenhersteller eine gute

Standortentscheidung getroffen. Das Land hofft, dass bei positivem Verlauf des Forschungsprojektes auch ein künftiges Produktionswerk für Naturkautschuk in Anklam angesiedelt wird.

Anklams Bürgermeister Michael Galander sprach von einem „schönen und großartigen Tag“ für die Stadt. „Noch zu selten haben wir hier im Nordosten Gelegenheit, neue Investitionen zu feiern.“ Con-

tinental will die benötigten Techniker aus dem regionalen Arbeitsmarkt gewinnen.

Bislang wird Naturkautschuk aus dem subtropischen Baum „Hevea brasiliensis“ gewonnen. Rund 95 Prozent der weltweiten Gesamtproduktion stammt aus Südostasien. Nach Angaben von Continental kann bei der Reifenproduktion nicht auf Naturkautschuk verzichtet werden.

Martina Rathke

## Schwesig will Start-up-Zentren in MV

**ROSTOCK** Technologieorientierte Start-up-Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sollen nach dem Willen von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) besser gefördert werden. Dazu sollen in den Universitätsstädten Rostock und Greifswald Start-up-Zentren für junge, digitale Unternehmen aufgebaut werden, sagte Schwesig gestern bei der Konferenz „Digitale Zukunft@mecklenburg-vorpommern“ in Rostock. „Wir wollen dafür die langjährigen guten Erfahrungen aus unseren klassischen Technologie- und Gründerzentren in die digitale Welt erweitern.“ Die Zentren sollen zügig entstehen. Ziel sei es, junge, kreative Menschen dafür zu begeistern, ihre Ideen in einem eigenen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern in die Praxis umzusetzen.

Nachholbedarf bei der Digitalisierung gibt es nach Ansicht des Bundesverbands der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) auch bei vielen etablierten Unternehmen im Land. Ein Grund für die distanzierte Haltung könne sein, dass zahlreiche digitale Themen noch so abstrakt sind, dass ein „normaler Mittelständler“ wie ein Einzelhändler oder Handwerker nur wenig mit ihnen anfangen könne, sagte der Rostocker Beauftragte des Wirtschaftsverbands, Tobias Döppe. Es sei wichtig, diesen Unternehmern zu zeigen, wie sie am besten in die digitale Welt einsteigen können.

In der Skepsis gehe oft unter, dass auch Mittelständler erheblich von der Digitalisierung profitieren könnten, betonte Döppe. Dabei gehe es letztlich auch um die Gewinnung von Fachkräften. Wenn junge Leute als sogenannte Digital Natives in eher verstaubte Strukturen gerieten, würden sie abgeschreckt.

## Minister wollen Dieselmotoren für Kreuzfahrer

**KIEL** Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck strebt mit seinen norddeutschen Kollegen eine klare Verringerung der Schadstoffausstoße durch Kreuzfahrtschiffe in den Häfen an. Gemeinsam mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen will sich der Grünen-Politiker bei der Umweltministerkonferenz für zusätzliche Anreize einsetzen, damit die Schiffe im Hafen den Motor abstellen. Sie sollen dort mit Strom aus

Erneuerbaren Energien oder wenigstens mit umweltfreundlicheren Kraftstoffen als Schiffsdiesel versorgt werden.

„Dass Schiffe im Hafen Dieselmotoren laufen lassen, ist schlecht für die Luft und fürs Klima und nicht mehr zeitgemäß“, sagte Habeck gestern. Viel sinnvoller und umweltfreundlicher sei es, Strom aus Erneuerbaren Energien zu nutzen. „Die Landstromversorgung sollte Standard werden“, sagte Habeck vor der Um-

weltministerkonferenz in Potsdam, die an diesem Donnerstag beginnt. Bisher gibt es keine Anreize für Hafengesellschaften, alternative Stromversorgungsformen zu nutzen.

Selbst bestehende Einrichtungen werden nur wenig genutzt, da der Strom vom Land wesentlich teurer ist als der Strom, den die Schiffe mit ihren Dieselmotoren selbst erzeugen.

Nach Vorstellung der norddeutschen Umweltminister soll zum einen die

EEG-Umlage für Landstrom verringert werden, zum Beispiel in Anlehnung an die Ermäßigung für Schienenbahnen, die 20 Prozent der Umlage zahlen.

Auch die Hafengesellschaften könnten zur Luftreinhaltung beitragen, indem sie beispielsweise für Schiffe, die alternative Formen der Stromversorgung nutzen, die Hafengebühren reduzieren.

Außerdem muss sich die Bundesregierung nach Ansicht der norddeutschen

Umweltminister dafür einsetzen, dass in Hoheitsgewässern der EU-Staaten einheitliche Umweltstandards für Schiffsemissionen gelten.

Dies kann aus Sicht der Ressortchefs etwa dadurch erreicht werden, dass in EU-Gewässern einheitlich die in den Schwefelemissionsüberwachungsgebieten geltenden Maximalwerte für Schwefelgehalt in Schiffsbrennstoffen eingehalten werden müssen.

Wolfgang Schmidt